

# Wege zu einer besseren Umweltpolitik nach Corona

Expertenrunde diskutierte im LaMarotte ein hochaktuelles Thema

Corona hat der Wirtschaft einen immensen Schaden zugefügt. Der Wiederaufbau sollte nach ökologischen Kriterien erfolgen. Wie, darüber diskutierten drei Experten im Kulturkeller LaMarotte in Affoltern, online übertragen auf YouTube.

VON STEFAN SCHNEITER

Im Kulturkeller LaMarotte fanden vergangene Woche drei Experten und Moderator Bernhard Schneider zusammen, um mit coronamässigen Abstand das Thema «Energie und Umwelt nach Corona» zu diskutieren. «Wir reden über eine optimale Klimastrategie, über den Wiederaufbau der Wirtschaft mit CO<sub>2</sub>-orientierten Massnahmen und wie sich das Ziel einer Klimaneutralität erreichen lässt», umriss Bernhard Schneider die Zielsetzung der Veranstaltung, der Interessierte auf YouTube live folgen konnten. Rund anderthalb Stunden lang kreiste die engagiert geführte Debatte rund um eine ganze Vielzahl von Themen, welche von der Landwirtschaft und Biodiversität über Verkehr, Energie, Bauwirtschaft und Subventionen alle Bereiche umfasste, die direkt oder indirekt mit Umweltpolitik im Zusammenhang stehen. Die Ökonomin Irmi Seidel von der Eidg. Forschungsanstalt WSL in Birmensdorf kam auf eine WSL-Studie zu sprechen, welche zutage brachte, dass Bund und Kantone jährlich zwar 500 Millionen Franken zur Förderung der Biodiversität zur Verfügung stellen, gleichzeitig aber für 40 Milliarden Subventionen sprechen, welche die Biodiversität beeinträchtigen. Laut Seidel sollte nach Corona bei einem grossen Bauprogramm zur Belebung der Bauwirtschaft darauf geachtet werden, für einen Strukturwandel zu sorgen, indem die Massnahmen und Subventionen künftig konsequent direkt auf Klimaschutz ausgerichtet werden.

Ruedi Meier, Präsident des Vereins Energie-Wende-ja und Co-Autor der Studie «Covid-19 Klimakrise – Impulsprogramm 2020/2030» kritisierte die negativen Auswirkungen von Subventionen in der Landwirtschaft auf die Biodiversität in unserem Land. «Wir müssen das landwirtschaftliche Produktionssystem radikal umbauen: weg von den Futtermittelimporten, weg von der zu tierlastigen Produktion, zugunsten der Förderung einer regenerativen Landwirtschaft», lautet seine Forderung. Erforderlich sei eine Umlagerung von der tierischen zu einer mehr pflanzlichen Ernährung, das sei auch aus klimapolitischer Sicht interessant. Seidel ihrerseits forderte, dass schon bei der Vergabe von Subventionen auf die Umweltverträglichkeit ge-



Angeregt debattierten Ruedi Meier (l.o.), Irmi Seidel (r.o.), Kurt Lanz (l.u.) unter der Leitung von Bernhard Schneider. (Screenshot)

achtet werden soll. Es gehe nicht darum, der Landwirtschaft die milliarden-schweren Subventionen zu entziehen, sondern darum, die Landwirtschaft generell in ökologischer Hinsicht umzubauen. Dazu braucht es nach Seidel nicht noch weitere Forschung: «Dazu fehlt uns die Zeit. Wir wissen, was zu tun ist.»

## Riesenchance und Riesenschallenge

In der Klimapolitik plädierte Ruedi Meier dafür, mit dem Wettbewerbsgedanken als Hintergrund für alle Betriebe in der Schweiz das Ziel zu setzen, bis ins Jahr 2030 CO<sub>2</sub>-frei zu sein.

«Wir sollten beim Klima offensiver werden. Es wird riesig investiert, die Börsen boomen im Solarbereich – das

ist eine Riesenchance für die Schweizer Wirtschaft.»

«Netto-Null bis 2050 ist eine Riesenschallenge», gab Kurt Lanz von der economiesuisse, zu bedenken. An der Urne werde erst mal darüber abgestimmt, die Hälfte an CO<sub>2</sub> einzusparen – ob dies vom Souverän gutgeheissen werde, sei keineswegs sicher.

Angetippt oder ausführlicher diskutierte die hochkarätige Expertenrunde weitere Themenaspekte wie Stromproduktion heute und in der Zukunft, die energetische Versorgungssicherheit in der Schweiz, die Bedeutung der grauen Energie und der Emissionen im Ausland bei der Energieversorgung hierzulande wie auch über den Stellenwert der Suffizienz im Energieverhalten des Individuums wie der

Gesamtgesellschaft. Unmöglich, im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels all diese Facetten beleuchtend wiedergeben zu können. Moderator Bernhard Schneider versuchte abschliessend ein Fazit zu ziehen: «Sie alle befürworten das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Sie alle sehen das Bedürfnis nach Investitionen im Energiesektor und sind sich einig, dass es ökonomische Steuerungsinstrumente braucht, dass man bei Subventionen aber vorsichtig sein muss, damit sie sich nicht kontraproduktiv auswirken.»

Der Vorteil einer Onlineveranstaltung ist, dass sie nach dem Ende nicht einfach beendet ist. Für Interessierte lässt sie sich jederzeit im Netz in Ruhe nachverfolgen. Zu finden ist sie auf YouTube mithilfe der Stichworte LaMarotte und «Energie & Umwelt nach Corona».

## Härtefallgelder werden ausbezahlt

487 Unternehmen erhalten heute Dienstag vom Kanton Zürich Härtefallentschädigungen. Insgesamt wurden 103,7 Millionen Franken gesprochen, 299 Gesuche mussten abgelehnt werden.

Von den 487 berücksichtigten kleinen und grossen Unternehmen haben 334 ausschliesslich einen nicht rückzahlbaren Beitrag beantragt, 152 beziehen zusätzlich ein Darlehen und ein Unternehmen hat nur ein Darlehen beantragt. Die nicht rückzahlbaren Beiträge schwanken zwischen 5000 und der zulässigen Höchstsumme von 400 000 Franken, die 86 Unternehmen erhalten. Die Spannweite bei den Darlehen bewegt sich zwischen 7000 und dem Maximalbetrag von 500 000 Franken, der 32 Unternehmen bewilligt wurde. Insgesamt umfassen die nicht rückzahlbaren Beiträge 74,3 Millionen Franken und die Darlehen 29,4 Millionen Franken. Die berücksichtigten Unternehmen gehören verschiedenen Branchen an, wobei Reise-, Gastro-, Freizeit- und andere Dienstleistungsunternehmen stark vertreten sind.

## Unerwartet viele Ablehnungen

Ursprünglich waren 808 Gesuche eingegangen. Davon mussten die Prüfer mit 299 einen unerwartet hohen Anteil ablehnen. Die Durchsicht der Ablehnungsgründe zeigt vielfältige Kriterien. Besonders häufig war, dass eine korrekte Berechnung des Umsatzes keinen Ausfall von 50 Prozent ergab, wie ihn der Kantonsrat Mitte Dezember für die erste Zuteilungsrunde verlangt hatte. In vielen Fällen waren die vorgeschriebenen Unterlagen zum Teil trotz Nachfragen unvollständig. Zudem ergab die Prüfung auch, dass mehrere gesuchstellende Unternehmen in Betreibungsverfahren wegen Sozialversicherungsbeiträgen verwickelt waren; dies schliesst gemäss den Vorgaben des Bundes einen Härtefallbeitrag aus. Einige Unternehmen wollten zudem an Zürcher Härtefallgelder gelangen, obwohl sie in einem anderen Kanton domiziliert sind.

21 Gesuche werden in den nächsten Tagen noch einer vertieften Prüfung unterzogen. Eines wurde zurückgezogen. Nicht berücksichtigte Gesuchsteller können prüfen, ob sie in der zweiten Zuteilungsrunde aufgrund der mildereren Kriterien gemäss Bundesvorgabe bessere Chancen haben. Sie können dafür noch bis am 21. Februar ein zweites Gesuch einreichen. Diese Möglichkeit steht auch den berücksichtigten Unternehmen offen, die allenfalls von den in der zweiten Runde höheren Maximalbeiträgen profitieren können (wobei ihnen nur die Differenz zum neuen Maximum erstattet würde). *Finanzdirektion*

ANZEIGE

## Gemeindefusionen führen zu Demokratieverlust

Bei Diskussionen über Gemeindefusionen werden zumeist Effizienzkriterien erörtert, die einer Überprüfung nicht standhalten. Lokale politische Netzwerke werden zerschlagen. – **Gastkommentar von René Roca**

Bei der Begründung von Gemeindefusionen werden meistens die folgenden Punkte aufgezählt: effizientere Strukturen, die Professionalisierung der Dienstleistungen und das Einsparen von Kosten. Es sind also primär administrative und finanzielle Überlegungen, die zwei oder mehr Gemeinden dazu bringen sollen, sich für eine gemeinsame Zukunft zu entscheiden. Die politisch-demokratischen sowie menschlich-gemeinschaftlichen Auswirkungen allerdings hat bisher kaum jemand hinterfragt. Zu Unrecht, denn sie spielen sehr wohl eine Rolle, auch wenn sie bei Fusionsdiskussionen immer wieder als «weiche Faktoren» verunglimpft werden.

### Keine systematischen Spareffekte

In der Theorie wie auch in der Praxis werden Gemeindefusionen oft mit Spareffekten motiviert. So wird erwartet, dass sich durch verschiedene Effekte grössere Synergien nutzen lassen, welche die Kosten senken würden. Untersuchungen zu den Effizienzwirkungen von Gemeindefusionen beschränken sich bis anhin auf Fallstudien zu Einzelfällen sowie Befragungen von Gemeindevertretern. Professor Christoph A. Schaltegger von der Universität Luzern untersuchte in einem

breit angelegten Forschungsprojekt 142 Gemeindefusionen aus zehn Kantonen zwischen 2001 und 2014. Schaltegger führt zu den Resultaten seiner Studie (NZZ 14. 3.17) aus, dass über alle betrachteten Gemeindefusionen hinweg keine systematischen Spareffekte erkennbar seien. Folglich könne man auch nicht automatisch von Kosteneinsparungen durch Gemeindefusionen ausgehen.

Im Bereich der Verwaltungsaufgaben sei ein kleiner Spareffekt erkennbar, bei den Gesamtausgaben würden jedoch keine systematischen Spareffekte deutlich. Laut Schaltegger ist davon auszugehen, dass die Einsparungen im Verwaltungsbereich durch Ausgabensteigerungen in anderen Budgetpositionen wieder kompensiert würden. Auch bei den Indikatoren «Bevölkerungsentwicklung» und/oder «Immobilienpreise» liessen sich keine systematischen Unterschiede zwischen fusionierten und nicht fusionierten Gemeinden feststellen. Das Resultat ist also absolut ernüchternd, ein «Nullergebnis».

Die Aussage, dass eine Gemeindefusion Spareffekte erzeuge, muss mittlerweile als «Fusionsmythos» bezeichnet werden. Als prominentes Beispiel wurde in den Medien dem Glarnerland während des Fusionsprozesses ein «Fusions-

kater» attestiert, da sich anstelle von Einsparungen rote Zahlen eingestellt hatten.

Gemeindefusionen haben vor allem auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Demokratie. Laut einer Studie des Zentrums für Demokratie (ZDA) lösen Fusionen einen eigentlichen «Schock» für die lokale Demokratie aus. Messbar, so die Studie, zeige sich dies in einer tieferen Stimmbeteiligung. Die Menschen interessieren sich also weniger für die Politik und klinken sich aus den milizbasierten gesellschaftlichen Strukturen aus. Solche Aspekte werden bei Fusionen von Gemeinden bis heute klar vernachlässigt.

Der Schock, so die Studie des ZDA, sei für kleine Gemeinden, die sich grösseren anschliessen, stärker. In den Gemeinden funktionierten lokale politische Netzwerke. Diese würden durch eine Fusion zerschlagen. Die erste Konsequenz sei, wie schon erwähnt, eine tiefere Stimm- und Wahlbeteiligung bei kommunalen Urnengängen. Die zweite sei, dass Vertreter lokaler Bewegungen oder Parteilose geringere Wahlchancen hätten und sich aus der politischen Szene verabschiedeten.

Die Konsequenzen einer Fusion für die lokale Demokratie sollten sich die Gemeindebürger bewusst machen und sich

klar vor Augen führen, was auf dem Spiel steht. Die Menschen möchten sich grundsätzlich am Gemeinwesen beteiligen. Das zeigt sich sehr schön bei unserem Milizsystem. Eine Fusion untergräbt diesen Willen, das Gemeinwohl aktiv mitzutragen. So gehen die besten Kräfte eines Gemeinwesens verloren.

### Gemeindeautonomie stärken

Als Konklusion kann festgehalten werden, dass Gemeindefusionen grundsätzlich nicht als Rezept für Kostenersparnisse oder Qualitätssteigerungen dienen. Weiter kann gezeigt werden, dass die pragmatische Kooperation und problemorientierte Zusammenarbeit unter den Gemeinden auch ohne Fusion wichtige Synergiepotenziale erschliessen kann.

Gemeindefusionen sind nicht der «Königsweg», um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Im Gegenteil, es gilt, das Milizsystem und die Gemeindeautonomie zu stärken, damit die Qualität der Demokratie nicht noch mehr leidet und die Menschen sich nicht aus dem öffentlich-gemeinwohlorientierten Leben verabschieden.

*René Roca betreibt das Forschungsinstitut direkte Demokratie. Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Referats an der (virtuell durchgeführten) Aargauer Gemeindefusionstagung 2020 zum Thema «Chancen und Risiken von Gemeindefusionen».*

Abgedruckt in der NZZ 3.2.21.